

Bürgerliste Beselich

Weilburger Tageblatt – 26.06.12

Von Thorsten Gütling

Die "Schulspatzen" sind gerettet Bürgermeister Müllers Widerspruch sorgt für heftige Wortgefechte im Parlament

Beselich. Die "Schulspatzen" sind gerettet. Im zweiten Anlauf haben die Beselicher Gemeindevertreter den Weg für die Sanierung der vom Förderverein Grundschule genutzten Räume in der Sporthalle frei gemacht. Den 25 Zuhörer bekamen dabei von "Wischiwaschi-Anträgen" bis "Begriffsstutzigkeit" einiges zu hören.

Der Beschluss samt Ergänzung von CDU und Bürgerliste Beselich (BLB) war neun Tage verabschiedet, da legte Bürgermeister Kai Müller (parteilos) Widerspruch ein. Die Ergänzung würde gegen geltendes Recht verstoßen, so die Begründung.

Er berief sich daher auf Paragraph 63 der Hessischen Gemeindeordnung, wonach der Bürgermeister verpflichtet ist, binnen zwei Wochen zu widersprechen, sollte ein Beschluss gegen Gesetze verstoßen.

Die Kommune habe kein Mitspracherecht, wenn es darum geht, dass die Schule einen Antrag auf Ganztagsbetreuung stellt, fand Müller. Und den Verein aufgrund der Sanierungskosten von rund 160 000 Euro von allen weiteren Förderungen auszuschließen, sei eine Ungleichbehandlung mit anderen Vereinen, stellte er fest.

Den Vorwurf, gegen Recht zu verstoßen, wollten sich BLB und CDU aber nicht gefallen lassen. Sie fühlten sich missverstanden und fehlinterpretiert und stellten zähneknirschend einen Antrag auf Präzisierung des alten. "Es ist die Eigenheit von Juristen, jedes Wort umzudrehen. Aber alle haben gesehen, worauf wir hinaus wollen", sagte Bernd Litzinger von der BLB.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Theo Schneider, sagte: "Man will uns offensichtlich - wohl aus politischen Gründen - nicht verstehen." Norbert Bandur, Fraktionsvorsitzender der BLB, unterstellte den Vertretern von SPD und Mitte gar "Begriffsstutzigkeit".

Den Schuldigen hatten die Antragsteller schnell ausgemacht: Obwohl der Bürgermeister seit über einem Jahr von der räumlichen Problematik der "Schulspatzen" wisse, habe der Haupt- und Finanzausschuss erst Mitte April, also vier Monate vor Beginn des neuen Schuljahres, davon erfahren. Müller habe die Gemeindevertreter damit unter immensen Zeitdruck gesetzt.

Zudem blieben Fragen nach Zuschüssen des Kreises oder zinsgünstigen Darlehen bis heute unbeantwortet.

Schneider kritisierte zudem, dass der Bürgermeister nicht schon in der Sitzung eingegriffen hatte, wo er doch geltendes Recht verletzt sah.

Der Förderverein kann Beselicher Grundschüler auch nach den Ferien betreuen

Auch den Vorwurf der Ungleichbehandlung der Vereine wollte der CDU-Mann nicht gelten lassen: "Nach Ihrer Begründung dürften die ‚Schulspatzen‘ - wie andere Vereine auch - lediglich einen Investitionszuschuss von 15 Prozent erhalten." Stattdessen, so Litzinger, hätte der Verein bereits 24 000 Euro an Fördergeldern am Parlament vorbei erhalten.

Und zuständig sei die Gemeinde auch in anderen Bereichen nicht, wie dem Nahverkehr, doch könne ein Bürgermeister seinen Willen bekunden und seine Kontakte spielen lassen.

Unterstützung erhielt der so gescholtene Bürgermeister von SPD und Mitte. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Michael Jahn, nannte den Widerspruch "nachvollziehbar" und "folgerichtig" und sagte im Hinblick auf den Änderungsantrag von CDU und BLB: "Sie haben ja eingesehen, dass Sie sich missverständlich ausgedrückt haben."

Deutlicher wurde Jörg Diefenbach (Die Mitte), als er von "Wischiwaschi-Anträgen" sprach, die kommunalpolitischen Ansprüchen nicht genügten. Demnach habe auch der neue Antrag inhaltliche Mängel. Beschlossen wurde er trotzdem, und zwar mit den Stimmen von CDU und BLB, bei der sich zwei von fünf Vertretern ihrer Stimme enthielten.

Mit der Ergänzung wollen die Antragsteller die Kosten für die bereits beschlossene Sanierung der Räume des Schützenvereins in der Sporthalle so gering wie möglich halten. Ihrer Meinung nach sei der Standort eine Notlösung und diene nur der Überbrückung, bis neu gebaut werden könne.

Und so sieht der neue Beschluss aus: Die Gemeinde soll nach wie vor an der Ausarbeitung eines Konzeptes zur Ganztagsschule beteiligt sein. Allerdings soll der Verein nicht auf alle weiteren Fördermittel verzichten, sondern lediglich kein weiteres Geld mehr in den Ausbau der Sporthalle fließen. Die Förderung der Gemeinde beschränkt sich solange auf die kostenlose Bereitstellung der Halle, wie nicht alle Fördermöglichkeiten durch den Kreis ausgeschöpft sind. Und Fußböden und Malerarbeiten sind nicht im Sanierungspaket enthalten, sondern sollen vom Verein geleistet werden.

SPD und Mitte kritisierten den Beschluss. Vor allem, weil die Gemeinde noch immer an der Ausarbeitung eines Konzeptes zur Ganztagsbetreuung beteiligt sein soll. Diefenbach nannte das "Schnee von gestern" und hielt ein bereits vom Verein erarbeitetes Konzept in Händen, das die Schulkonferenz vor zwei Wochen beschlossen habe.

Andere Passagen nannten Diefenbach und Jahn überflüssig: So könne bei Investitionen in den Ausbau der Sporthalle gar nicht von Fördermitteln gesprochen werden, da die Halle Kreis und Gemeinde gehöre. Und die Forderung nach Kostensenkung und Eigenleistungen des Vereins seien längst beschlossene Sache.